

SOZIALE GERECHTIGKEIT

FÜR EIN SOLIDARISCHES NIEDERSACHSEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns und gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, um der Armutsfalle entgegenzuwirken
- ▶ Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
- ▶ Nachhaltige Konzepte im Umgang mit dem demografischen Wandel und zukunftsfeste Antworten für den ländlichen Raum
- ▶ Breitbandversorgung muss Teil der Daseinsvorsorge sein.
- ▶ Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, in denen wir solidarisch und gleichberechtigt miteinander

leben können; Inklusion und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, unabhängig von ihren Fähigkeiten, ihrer Herkunft, ihrem Aufenthaltsstatus oder der sexuellen Orientierung

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Vielfalt gelebt werden kann. Eine Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt, die unterstützt, wo Hilfe nötig ist, die befähigt und Engagement weckt und die niemanden abschreibt. Alle müssen darauf vertrauen können, unabhängig von Alter, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht oder Behinderung bei Bedarf solidarische Hilfe zu erhalten. Wir wollen eine Sozialpolitik, deren zentraler Begriff Teilhabe ist

und die sich nicht damit begnügt, finanzielle oder soziale Notsituationen abzufedern, sondern das Ziel hat, diese zu beenden. Eckpfeiler grüner Sozialpolitik sind Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit.

WIR SAGEN ARMUT UND AUS- GRENZUNG DEN KAMPF AN

Immer noch werden zu viele Menschen in Niedersachsen ausgegrenzt: Aufstiegschancen schwinden, die Spaltung zwischen Arm und Reich verschärft sich. Die Mittelschicht schrumpft und leidet vielfach unter Abstiegsängsten. Andere sind gefährdet, den Anschluss an die Gesellschaft gänzlich zu verlieren. Die schwarz-gelbe Koalition fördert diese Entsolidarisierung mit ihrer Politik, zum Beispiel mit der Zustimmung zu Steuersenkungen für Vermögende und Hoteliers.

Wir GRÜNE stellen uns gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung durch Armut. Wir wollen uns nicht damit begnügen, finanzielle und soziale Notsituationen abzufedern. Wir setzen uns zusätzlich für die Schaffung von besserer sozialer Infrastruktur und Teilhabe ein. In Deutschland ist die soziale Durchlässigkeit so gering wie in keiner anderen Industrienation. Kinder und Jugendliche müssen unter allen Umständen das Recht auf einen

guten Start ins Leben haben. Dazu brauchen Familien Unterstützung und ein Bildungssystem, das nicht selektiert, sondern Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung zum obersten Prinzip erhebt. ZuwanderInnen darf aufgrund ihres Aufenthaltsstatus oder ihres im Ausland erworbenen Abschlusses nicht der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert werden. Schwarz-Gelb in Niedersachsen hat hier auf ganzer Linie versagt. (►S. 10)

ARMUT VERHINDERN

Es ist ein Skandal, dass viele erwerbstätige Menschen von ihrem Einkommen nicht leben können. Wir brauchen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und werden uns dafür einsetzen, dass Menschen keine Unterstützungsleistungen mehr bekommen müssen, wenn sie den ganzen Tag arbeiten gehen. Aber Armut hat viele Ursachen: Langzeitarbeitslosigkeit, Dumpinglöhne und Teilzeitjobs. Gerade Frauen befinden sich überdurchschnittlich oft in sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen. Dadurch steigt ihr Armutsrisiko. Dies gilt insbesondere für Frauen mit Kindern, da ihnen aufgrund von Erziehungs- und Pflegearbeit der Zugang zum Arbeitsmarkt häufig verwehrt bleibt. Um der Armutsfalle zu entkommen, brauchen Frauen sichere Beschäftigungsverhältnisse, die ihnen eine

auskömmliche Bezahlung garantieren. Wir wollen außerdem bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen und Männer Familie und Beruf besser vereinbaren können, zum Beispiel durch einen Rechtsanspruch auf Betreuung oder den Ausbau der Ganztagschulen. (►S. 111). Aber auch viele ZuwanderInnen mit unsicherem Aufenthaltsstatus oder nicht anerkanntem Berufsabschluss sind stärker von Armut betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Hier wollen wir die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. (►S. 128)

Auch die zunehmende Altersarmut muss endlich energisch angegangen werden. Oftmals stehen gerade Frauen mit dem Renteneintritt vor dem Problem, von ihrer Rente nicht leben zu können. Daher setzen wir GRÜNE auf Bundesebene der Zuschussrente der Bundesarbeitsministerin die steuerfinanzierte Garantierente entgegen. Alle Menschen, die mindestens 30 Jahre Mitglied in der Rentenversicherung waren, sollen eine Garantierente in Höhe von mindestens 850 Euro erhalten. Frauen sollen unabhängig von der Ehe eine eigenständige Sicherung in der Rente erhalten, entsprechende Anrechte müssen ausgebaut werden. Unabhängig davon müssen die Zugänge zur Erwerbsunfähigkeitsrente bei gesundheitlich bedingter Erwerbsunfähigkeit erleichtert wer-

den. Wir GRÜNE wollen, dass das Land einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht erstellt, um mehr Transparenz und Öffentlichkeit in die Entwicklung zu bekommen und Defizite aufzuzeigen.

UNIONSÜRGERINNEN IN PREKÄREN LAGEN UNTERSTÜTZEN

UnionsbürgerInnen geraten auf Grund der in Niedersachsen praktizierten europarechtlich fragwürdigen und vielfach rechtswidrigen Verweigerung jeglicher Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII häufig in extreme soziale Notlagen bis hin zur Obdachlosigkeit. Selbst Kranke, Kinder und Schwangere erhalten häufig keinerlei soziale und medizinische Hilfe. Besonders oft trifft diese Hilfeverweigerung Roma aus Rumänien und Bulgarien. Wir unterstützen deshalb Einrichtungen, die UnionsbürgerInnen eine fachlich qualifizierte, sozial- und aufenthaltsrechtliche Beratung bieten.

KINDERARMUT IST EIN SKANDAL

Kinder tragen in unserem Land das Armutsrisiko Nummer eins. Jedes sechste Kind in Niedersachsen lebt in Armut. Arme Kinder besuchen seltener weiterführende Schulen. Das wollen wir nicht hinnehmen. Eine so reiche Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland muss vor allem dafür sorgen, dass

Kinder nicht aus finanziellen Gründen oder wegen ihres Aufenthaltsstatus ihrer Chancen beraubt werden. Neben materiellen Hilfen ist eine flächendeckende und leicht zugängliche Infrastruktur nötig. Dazu muss unter anderem mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche investiert werden. Auch brauchen wir mehr Ganztagsangebote und eine flächendeckende Sprachförderung. In allen Regionen Niedersachsens muss jedes Kind unabhängig vom Einkommen, Aufenthaltsstatus oder Bildungshintergrund der Eltern eine Chance haben, an kultureller Bildung wie Musikunterricht, Theaterbesuchen und an Ferienangeboten teilzunehmen oder Mitglied eines Sportvereins zu sein. (►S. 11)

Auch die zur Erreichung dieser Ziele notwendigen bundespolitischen Entscheidungen wollen wir von Niedersachsen aus vorantreiben: Das Familienfördersystem muss neu gestaltet werden. Wir wollen das Leben mit Kindern unterstützen und nicht die Ehe an sich subventionieren. Deshalb fordern wir die weitestmögliche Abschaffung des Ehegatten-Splittings und des Betreuungsgeldes zugunsten einer Kindergrundsicherung und die Schaffung einer besseren Infrastruktur für Bildung und Teilhabe. Der beste Schutz gegen Kinderarmut und Chancenungleichheit ist die Erwerbstätigkeit und gesell-

schaftliche Einbindung der Eltern. Neben allen nötigen Anstrengungen für eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt brauchen wir einen öffentlich geförderten und regional gegliederten Beschäftigungssektor mit Mitteln der Jobcenter, der EU, des Landes und der Unternehmen sowie den Aufbau einer unabhängigen Beratungsstruktur für Erwerbslose.

Unabhängige SchuldnerInnen- und Insolvenzberatung müssen gestärkt und ausgebaut werden. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das gestartet wurde, um die Abwärtsspirale in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern, muss ebenso wie die Städtebauförderung fortgeführt und intensiviert werden. (►S. 102) Die Jugendwerkstätten zur Berufs- und Ausbildungsvorbereitung werden wir ebenso weiterführen wie die Förderung der Jugend- und Schulsozialarbeit aus dem Beschäftigungs- und Teilhabe-Projekt des Bundes.

Niedersachsen muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die entscheidenden Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben für alle gegeben sind. Dazu gehört der Ausbau einer sozialen Infrastruktur, die bedarfsgerechte Anhebung der Arbeitslosengeld-II-Regelsätze, ein

Moratorium bei ALG-II-Sanktionen, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, eine stärkere Belastung von Spitzeneinkommen und Vermögen durch eine Einkommensteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Sozialpolitik, die alle Menschen erreicht.

Wir setzen uns dafür ein, das diskriminierende AsylbewerberInnenleistungsgesetz abzuschaffen. (► S. 138) Alle Menschen, die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes benötigen, sollen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und XII erhalten.

NIEDERSACHSEN WIRD ÄLTER UND BUNTER

Die demografische Entwicklung geht auch an Niedersachsen nicht vorbei und stellt neue Anforderungen an die Politik. Wir wollen nicht nur die Probleme, sondern auch die Potenziale einer älter werdenden Gesellschaft in den Fokus nehmen. Wir setzen auf die Kenntnisse und Fähigkeiten älterer Menschen und darauf, dass sie sich gerne aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen und es mitgestalten wollen. (► S. 107)

SELBSTBESTIMMT UND EIGEN- VERANTWORTLICH LEBEN

Die Generation 60+ hat unterschiedliche und sehr individuelle

Vorstellungen vom Leben im Alter. Doch ob alleinlebend, in Partnerschaft, Wohngemeinschaft oder betreutem Wohnen – ausschlaggebend für ein würdevolles Leben wird immer mehr das Wohnumfeld und dessen Gestaltung: Wohnortnahe Versorgung mit ÄrztInnen und Einkaufsmöglichkeiten, ein guter ÖPNV und eine gut funktionierende Nachbarschaftshilfe. Ein erholsames Umfeld mit verkehrsberuhigten Zonen, Grünanlagen und sozialen Treffpunkten in fußläufiger Entfernung steigern die Lebens- und Wohnqualität erheblich. Diese Vorstellungen entsprechen auch den Wünschen vieler junger Familien, so dass sich durch quartiersgestaltende Maßnahmen im generationenübergreifenden Zusammenleben die bunte Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Aber auch Barrierefreiheit ist eine wichtige Voraussetzung für die unbehinderte Teilhabe Älterer. (► S. 103)

NEUE WOHNFORMEN FÜR ÄLTERE UNTERSTÜTZEN

Mit Unterstützung des Landes sollen in Zukunft deutlich mehr kleine, betreute und barrierefreie Wohneinheiten für alte und pflegebedürftige Menschen entstehen. Wir wollen das gemeinschaftliche Wohnen fördern und Menschen unterstützen, die nach der Familienphase den von ihnen genutzten Wohnraum verringern wollen.

Idealerweise entstehen all diese Wohneinheiten in integrierten Lagen in den Wohnsiedlungen und Stadtquartieren. So können die alten Menschen im bekannten Umfeld ihrer Stadtteile bleiben. Außerdem ist die benötigte Infrastruktur in den Zentren eher vorhanden; ältere Menschen sollen nicht an den Rand der Städte abgeschoben werden, sondern am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Das Zusammenwirken von professioneller Pflege und bürgerschaftlichem Engagement, wie es insbesondere in kleinräumigen Einheiten gut funktioniert, ist besonders förderungswürdig. Darüber hinaus wollen wir generationenübergreifende Wohn- und Stadtteilprojekte weiter voranbringen. Zudem setzen wir uns für neue Wohn- und Pflegeformen wie SeniorInnenwohn- und -hausgemeinschaften ein, um Selbstbestimmung in jeder Lebensphase zu ermöglichen und zu erleichtern.

Um beim Wildwuchs der Angebote sicherzustellen, dass ältere Menschen die Wohnform ihrer Wahl zu einem angemessenen Preis finden, brauchen wir einen Auf- und Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsstellen, damit das Thema „Wohnen im Alter“ in all seinen Formen vermittelt werden kann. Menschen mit viel Lebenserfahrung sind eine wichtige Stütze des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Deswegen werden wir das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen aktiv fördern.

DORFZENTREN UND BEGEG- NUNGSSTÄTTEN FÖRDERN

In vielen Städten und Dörfern gibt es interkulturelle und sozial verbindende Treffpunkte und Begegnungsstätten, die den Menschen vor Ort die Möglichkeit bieten, miteinander in Kontakt zu treten und füreinander da zu sein. Ansätze wie Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen, Stadtteilmanagement, Quartierskonzepte, aber auch Mehrgenerationenhäuser haben eine zentrale Bedeutung innerhalb einer Dorf- oder Stadtteil- und Quartiersgemeinschaft. Solche Ansätze und Treffpunkte wollen wir GRÜNE fördern, weil sie für das Miteinander eine große Chance darstellen.

WOHNRAUMVERSORGUNG FÜR ALLE SICHERN

Die Wohnungsversorgung hat sich in Niedersachsen in vielen Landesteilen zwar durch den Bevölkerungsrückgang und abnehmende Zuwanderungen entspannt, es fehlt in einigen Regionen aber zunehmend bezahlbarer Wohnraum. Diese Unterversorgung stellt gerade Menschen mit geringem Einkommen vor große Probleme. Sie wird durch das beständige Abschmelzen des sozial gebundenen

Wohnraums verschärft. Wir brauchen daher ab 2014 mit Bundes- und Landesmitteln eine Förderung von Mietwohnungen im unteren Preissegment – insbesondere von familiengerechten, aber auch kleinen Sozialwohnungen – sowie den gezielten Ankauf von Belegungsrechten im Wohnungsbestand. Um sachgerecht zu fördern und Fehlförderung zu vermeiden, sollen integrierte Stadtentwicklungskonzepte und kommunale Wohnraumversorgungskonzepte Voraussetzung für die Fördermittelvergabe werden. Dafür eignet sich in besonderer Weise die Förderung des Mietwohnungsbaus in genossenschaftlicher Hand. Auch die Sanierung von sozialem Wohnraum soll verstärkt gefördert werden.

HERAUSFORDERUNG DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Der demografische Wandel ist eine erhebliche Herausforderung für die Wohnungs- und Städtebaupolitik. Er stellt bisherige Infrastrukturpläne infrage und erfordert neue Antworten auf soziale Entwicklungen und die Anforderungen einer inklusiven Gesellschaft. Einrichtungen zur Kinderbetreuung sollen so geplant werden, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt ohne aufwändige Umbauarbeiten auch für die Seniorenbetreuung genutzt werden können. Ältere Menschen wollen auch bei zunehmendem Unterstüt-

zungsbedarf in ihrer Umgebung wohnen bleiben. Menschen mit Handicap haben ein Recht darauf, selbstständig und selbstbestimmt in ihrer Wohnung mit ambulant erbrachten Dienstleistungen leben zu können. Das bedeutet, dass wir mehr barrierefreien Wohnraum schaffen müssen. Aber auch die sich verstärkenden Leerstände und der Bevölkerungsrückgang in einzelnen Regionen müssen politisch konstruktiv bewältigt werden. Damit sich die Kommunen nicht mit der Ausweisung von Billigbauland belasten, müssen sie vom Land beim nötigen Rückbau überflüssiger Bausubstanz und bei Revitalisierungsaktivitäten unterstützt werden. Hierbei kommen vor allem die Instrumente des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau West“ in Frage. Vorhandene Wohnungsbaumittel müssen stärker für den Umbau von bereits vorhandenem Gebäudebestand genutzt werden als für den Neubau sogenannter Altenwohnungen auf der grünen Wiese. Wir wollen das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ weiterführen, das die Bundesregierung aus rein ideologischen Gründen auslaufen lässt. Es ist das einzige Programm, das investive mit nichtinvestiven Maßnahmen zur Revitalisierung sozial problematischer Stadtteile in vorbildlicher Weise verbindet und nachhaltig zur Vermeidung und Verminderung der Folgen von Armut und Ausgrenzung beiträgt.

INKLUSIVE GESELLSCHAFT UND BARRIEREFREIHEIT

Eine inklusive Gesellschaft erfordert Umbauten und Anpassungen im vorhandenen Gebäudebestand. Bei der Umsetzung der UN-Konvention „Rechte von Menschen mit Behinderungen“ muss die Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, in öffentlich genutzten Gebäuden und in Arbeitsstätten generelles Ziel sein. Dies gilt auch angesichts der demografischen Entwicklung. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns für die Auflage eines Bund-Länder-Programms „Barrierefreiheit“ ein.

ENERGETISCHE SANIERUNG SENKT DIE KOSTEN

Eine der größten Klimaschutz-Ressourcen liegt in der energetischen Gebäudesanierung (z. B. durch Wärmedämmung und moderne Heizungssysteme). Hier lässt sich viel Energie einsparen. Die energetische Modernisierung im Gebäudebestand muss im Verbund mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf deutlich höherem Niveau als bisher gefördert werden – sowohl mit den Programmen der Wohnungsbauförderung und der Städtebauförderung als auch als Programm zur energetischen Modernisierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Wir wollen den Kommunen über die Niedersäch-

sische Bauordnung (NBauO) die Möglichkeit geben, Satzungen zur stärkeren Nutzung regenerativer Energien voranzubringen. Gemeinsam mit den zuständigen Akteuren vor Ort wollen wir außerdem einen funktionierenden Vollzug der Energieeinsparverordnung (EnEV) organisieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass VermieterInnen bestehendes Recht ignorieren (z.B. veraltete Heizkessel unrechtmäßig weiterbetreiben) und deren MieterInnen mit steigenden Heizkosten alleingelassen werden.

Um die rechtlichen Anforderungen gemeinsam mit dem Bund klimagerecht und wirtschaftlich angemessen weiterzuentwickeln, brauchen wir bessere Daten über den aktuellen Zustand der Gebäude. Ein Monitoring der Energieeinsparverordnung kann hierbei nützlich sein.

Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen gilt für uns: Nutzung und Sanierung von Altbauten hat Vorrang vor der Ausweisung von Neubaugebieten.

Nicht nur für EigentümerInnen, auch für MieterInnen müssen sich energetische Modernisierungen rechnen. Wir GRÜNE wollen die daraus resultierenden Belastungen sozial ausgewogen gestalten und energetische Sanierungen stärker fördern. Durch verschiedene Maßnahmen sollen die finanziellen

Auswirkungen energetischer Sanierungen für MieterInnen in Grenzen gehalten werden: Die umlagefähigen Modernisierungskosten werden von 11 auf 9 Prozent abgesenkt und auf energetische Sanierungen und altersgerechten Wohnumbau beschränkt. Die regulären Mietanpassungserhöhungen werden auf 15 Prozent in drei Jahren abgesenkt und es sollen Mietobergrenzen in Gebieten mit Wohnraumangel eingeführt werden. Im Wohngeldgesetz soll ein Klimazuschuss für energetisch sanierten Wohnraum eingebaut werden. Auch bei der Berechnung der „Kosten der Unterkunft“ soll der energetische Zustand der Wohnung einbezogen und bei energetisch modernisierten Wohnungen ein Klimabonus gewährleistet werden. Der unterschiedliche energetische Standard von Wohnungen muss transparenter gemacht werden. Wir brauchen daher „Warm-Mietenspiegel“ in den Kommunen.

RAUMENTWICKLUNG STEUERN – LANDESENTWICKLUNG NACHHALTIG GESTALTEN

Mit dem Landesraumordnungsprogramm wollen wir die künftige Siedlungspolitik steuern und sie am tatsächlichen Bedarf und der vorhandenen Infrastruktur ausrichten. (S. 55)

Durch differenzierte Kriterien bei der Grunderwerbssteuer wollen

wir den Erwerb brachliegender Gebrauchtimmobilien begünstigen und den Erwerb von neuem Bauland entsprechend stärker belasten. Auch die Grundsteuer wollen wir zusammen mit Bund und Kommunen so umgestalten, dass sie die flächeneffiziente Nutzung bebaubarer Grundstücke fördert und der übermäßigen Versiegelung des Bodens entgegenwirkt. Eine Neuversiegelungsabgabe kann den Flächenverbrauch einschränken.

REGIONALE ZUSAMMENARBEIT, NEUE KOOPERATIONSFORMEN

Gestiegene Mobilität, technologischer Wandel, alternde Bevölkerung – diese Entwicklungen erfordern von den Kommunen ein höheres Maß an regionaler Zusammenarbeit und die Bereitschaft zu neuen Kooperationsformen. Viele Aufgaben wie Verkehrsplanung, Abfallwirtschaft oder Wirtschaftsförderung können oft sinnvoller und effizienter auf regionaler Ebene organisiert werden. Der kommunale Finanzausgleich muss so ausgelegt werden, dass Kommunen, die im Interesse der Umwelt auf Binnenentwicklung setzen, statt Bauland großflächig neu auszuweisen, einen Ausgleich erhalten.

STARKE STÄDTE UND REGIONEN

Städte gewinnen für alle Bevöl-

kerungsgruppen als Lebensraum, Wohnstandort und Arbeitsort wieder an Bedeutung. Die Städte sind Wissenszentren und Quellen für Innovation und Bildung, für kulturelle und kreative Aktivitäten, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für nachhaltige Entwicklung. Die Städte stehen aber auch vor großen Herausforderungen: demografischer Wandel, soziale Spaltung und wirtschaftlicher Strukturwandel. Mit Stadtentwicklungspolitik wollen wir die Städte bei der Bewältigung dieser großen Herausforderungen unterstützen.

Wir wollen das Handeln aller am Prozess der Stadtentwicklung und Wohnungsbauförderung beteiligten Personen und Institutionen verbindlicher abstimmen und öffentliche und private Investitionen besser koordinieren. Wir müssen unser Wissen und die finanziellen Mittel bündeln und dadurch die Wirksamkeit der knappen finanziellen Mittel verbessern.

Mit einer sozial verpflichteten, alters- und behindertengerechten, klimaangepassten, integrierten und integrativen Stadtentwicklungspolitik und Wohnraumentwicklungskonzepten wollen wir die Städte und Gemeinden stärken. Dazu sollen die Aufenthaltsqualität der öffentlichen Räume verbessert werden, die Wohnfunktion und die Nahversorgung gestärkt werden

und vermehrt sichere, barrierefreie Fuß- und Radwege wohnortnahes Grün geschaffen werden. Wir wollen ressourcenschonende Lebensweisen in kleinen Orten und großen Städten unterstützen.

LEBENDIGE INNENSTÄDTE

Wir wollen das Interesse an Baukultur, Architektur, Ingenieurbaukunst, Denkmalpflege, Städtebau und Freiraumplanung fördern und kontinuierlich weiterentwickeln. Insbesondere müssen das weitere Ausbluten der Stadtzentren und der ruinöse Wettlauf der Kommunen um Ansiedlungen von großflächigem Einzelhandel auf der grünen Wiese gestoppt werden. Hierzu bedarf es regional abgestimmter, verbindlicher Konzepte der Regionalplanung.

Wir GRÜNE setzen uns für lebendige Innenstädte, Ortskerne und Stadtteilzentren ein und sehen hierfür lokale Vereine und Initiativen sowie den Einzelhandel als gute Verbündete. Wir unterstützen Konzepte zur Aufwertung innerstädtischer Quartiere für Wohnen und Gewerbe. Zugleich werden wir Verdrängungstendenzen durch Gentrifizierung von Wohnquartieren und Privatisierung öffentlicher Räume durch steuernde wohnungs- und baurechtliche Instrumente entgegenwirken.

BAUKULTUR PFLEGEN UND FORTFÜHREN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu einer Baukultur, die die Tradition und Eigenart unserer Städte und Dörfer bewahrt und zugleich deren Zukunftsfähigkeit sichert. Dies beinhaltet einen innovativen und nachhaltigen Umgang mit der historischen Bausubstanz im Sinne eines lebendigen Denkmalschutzes. Zum Erhalt des historischen Erbes bedarf es einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, die gefährdete historische Bausubstanz vor dem Abriss sichert und neuen Nutzungen zuführt.

EigentümerInnen von Denkmälern sollen mit Fördermitteln bei deren Erhalt unterstützt werden. Denkmalschutz darf nicht in Konkurrenz zum barrierefreien Ausbau von Gebäuden stehen. An öffentliche Bauvorhaben müssen dabei aufgrund ihrer Vorbildfunktion besondere Anforderungen gestellt werden. Öffentliche AuftraggeberInnen sind zu hoher gestalterischer Qualität beim Bauen und zur Beachtung von Barrierefreiheit zu verpflichten. Das Land soll sich daher zukünftig bei allen wichtigen Bauvorhaben von unabhängigen Fachleuten beraten lassen.

Wir wollen regionale Denkmalbeiräte einrichten, die bei der Auswahl und der Betreuung von Baudenkmalen sowie bei hervorgehobenen

Baumaßnahmen beratend eingebunden werden. Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement im Bereich Denkmalschutz und Baukultur muss stärker gefördert und unterstützt werden, um die Beratung von Bauherren/-frauen und den öffentlichen Dialog zu anstehenden Entscheidungen und Konfliktfeldern in diesen Bereichen zu verbessern. Das Land muss mit dem Erhalt des denkmalgeschützten Plenarsaals des Niedersächsischen Landtags eine Vorbildrolle übernehmen!

BRANDSCHUTZ BRAUCHT MOTIVIERTE FEUERWEHREN

Wir GRÜNE schätzen das hohe Engagement der Feuerwehren in Niedersachsen. Der Nachwuchsgewinnung gerade auch von Frauen und MigrantInnen kommt in Zukunft eine besondere Bedeutung zu. Zusammen mit den freiwilligen Feuerwehren setzen wir uns für eine schnellere Einführung einer Brandmelderpflicht ein. CDU und FDP blockieren diese seit Jahren und haben nun eine viel zu lange Übergangszeit bis Ende 2015 vorgesehen. Präventiver Brandschutz und Anerkennung des Ehrenamtes sehen anders aus!

DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL ERNST NEHMEN

Niedersachsen wird älter und seine Bevölkerungszahl schrumpft. Die

Zahl der Kinder geht zurück, gleichzeitig steigt die Zahl der alten Menschen. Dass wir immer älter werden, ist auch ein Gewinn. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen in Ehrenämtern und Initiativen stärken und die Strukturen (Freiwilligenbörsen, Mehrgenerationen-Lernen etc.) dafür verbessern.

In den kommenden Jahren ist mit einer zunächst noch langsamen, dann immer schnelleren Abnahme der Bevölkerung zu rechnen. Auch der in einigen Berufen schon heute beklagte Fachkräftemangel wird sich bald erheblich verstärken, weil die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Die Entwicklung der Altersstruktur in Niedersachsen ist von starken regionalen Unterschieden gekennzeichnet. Während zum Beispiel der Landkreis Osterode schon heute als der „älteste“ Landkreis Deutschlands gilt, weist der Landkreis Cloppenburg die höchste Geburtenrate in ganz Deutschland auf.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den tiefgreifenden Wandel gründlich verschlafen und nicht angemessen auf die Chancen und Risiken dieses Prozesses reagiert. Obwohl schon 2007 eine Enquete-Kommission des Landtags umfassende Vorschläge gemacht hat, passierte danach so gut wie nichts. Im Gegenteil: Niedersachsen bleibt

bundesweites Schlusslicht etwa bei der Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen. Auch ist das gegliederte Schulwesen nicht auf abnehmende Schülerzahlen vorbereitet. Kleine Gesamtschulen im ländlichen Raum werden verweigert und gleichzeitig wird mit der Oberschule eine weitere spezielle Schulform neben den bestehenden Gymnasien, Hauptschulen, verbundenen Haupt- und Realschulen, Realschulen, Integrativen und Kooperativen Gesamtschulen und Förderschulen eingeführt.

Jetzt, kurz vor der Wahl, stellt die Landesregierung erneut einen Entwurf für ein Handlungskonzept auf, voller Ankündigungen und Allgemeinplätze. Wirkliche Taten für neue Perspektiven, gerade auch im ländlichen Raum, sind Fehlangelegenheiten. Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel als gesamtgesellschaftliche Herausforderung annehmen und nachhaltig gestalten. Alle Politikfelder müssen dafür auf den Prüfstand (Demografie-Check!).

In allen Bereichen – von der Schule über die Sozialsysteme bis hin zur Pflege und dem bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen – brauchen wir neue Modelle und Perspektiven. Hierzu gehören neue Wohnformen (► S. 102) und eine an den Bedarf angepasste Verkehrs- und Siedlungsplanung. Das bedeutet in einigen Regionen auch

den Rückbau von Straßen und Siedlungen. Es darf nicht sein, dass einige Kommunen trotz abnehmender Bevölkerungszahlen immer neue Wohn- und Gewerbeflächen ausweisen und die Landschaft zersiedeln. Der nachhaltige Umbau und die Neunutzung leerstehender Gebäude in Städten und Dörfern muss auch aus demografischer Sicht Priorität vor dem Bauen auf der grünen Wiese bekommen. Daher wollen wir das Landesprogramm „Umbau statt Zubau“ stärken und weiterentwickeln.

ZUZUG ERLEICHTERN

Niedersachsen hat die schärfste Abschiebe- und Abschottungspolitik aller Bundesländer und weigert sich, an gezielten Ansiedlungsprogrammen für Flüchtlinge (Resettlement) angemessen mitzuwirken. Dabei sind viele Niedersachsen selbst Vertriebene, Flüchtlinge, AussiedlerInnen oder Zugezogene. Wir wollen deshalb zukünftig ein weltoffenes Niedersachsen und mehr Einwanderung ermöglichen.

Nach wie vor gilt: Will man den demografischen Wandel beeinflussen und Globalisierung im eigenen Land gestalten, dann heißt das auch, die Hürden für Arbeitsmigration und Familienzusammenführung im Aufenthaltsgesetz abzubauen und humane Zuwanderung zuzulassen. Die nationale Einwanderungs- und

Flüchtlingspolitik wird zukünftig immer mehr durch Beschlüsse auf europäischer Ebene beeinflusst. Richtlinien zum Asylverfahren und zu Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge, die Qualifikationsrichtlinie und die Familiennachzugsrichtlinie werden eine immer wichtigere Rolle in diesem Zusammenhang spielen. Darum werden wir GRÜNE diese Themen über den Bundesrat stärker mitgestalten. (► S. 138)

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Die Landesregierung vernachlässigt systematisch Perspektiven für ländliche Räume. Sie sorgt für Abwanderung, Höfesterben und monotone Agrarsteppen mit belastenden Tierfabriken zu Lasten des Lebens auf dem Lande. Jahr für Jahr müssen immer mehr BäuerInnen ihre Höfe aufgeben und es gehen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren.

Wir GRÜNE wollen die ländlichen Räume neu und anders fördern. Wir wollen eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft mit vielen Arbeitsplätzen und artgerechter Tierhaltung. Und wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Der von der Landesregierung vernachlässigte Ökolandbau schafft im Schnitt 30 Prozent mehr Arbeitsplätze als der konventionelle. Außerdem reduziert er die Umweltbe-

lastung – etwa durch den Verzicht auf Massentierhaltung – und sorgt für eine bessere Lebensqualität auf dem Lande. Regionale Produkte, ressourcenschonende Herstellung, dezentrale, regenerative Energieerzeugung, Tourismus und Handwerk bilden das wirtschaftliche Rückgrat der ländlichen Entwicklung in demografischen Schrumpfungsbereichen. Gerade unsere Politik der Energiewende und die Förderung Erneuerbarer Energien schaffen umweltgerechte Perspektiven und nachhaltige Wertschöpfung im ländlichen Raum. Die Nutzung von Sonne und Wind sind unser Dauerkonjunkturprogramm für alle ländlichen Regionen. (► S. 52)

Viele Fördermillionen insbesondere aus EU-Mitteln fließen in die ländliche Entwicklung. Wir wollen diese für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung zielgerichteter einsetzen und legen den Schwerpunkt dabei auf Regionen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind.

Wir brauchen neue Perspektiven für das Leben im ländlichen Raum. Dazu gehören auch neue Mobilitätskonzepte, Dorfläden, schnelle Internetverbindungen, Bücher- und Bürgerbusse, die Stärkung von Schul- und Bildungsangeboten sowie Kultur auf dem Land, damit das Leben dort attraktiv bleibt oder es wieder wird.

SCHNELLES INTERNET FÜR ALLE

Das Internet ist Teil des täglichen Lebens. Für Privathaushalte und Betriebe im Land gehört schnelles Internet inzwischen ebenso zur Daseinsvorsorge wie ein Telefon-, Wasser- oder Stromanschluss. Auch der Staat setzt darauf, seinen BürgerInnen mehr und bessere Online-Dienstleistungen bereitzustellen. E-Government soll der öffentlichen Hand Geld sparen und für die BürgerInnen neue Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Das kann nur klappen, wenn der Staat entsprechende Rahmenbedingungen schafft, die gewährleisten, dass alle Menschen einen ausreichend schnellen Internetanschluss erhalten können. Hier versagt der freie Markt, denn investiert wird vor allem in den Ballungsräumen, wo schnell Gewinne erzielt werden können. In der Fläche ist der Ausbau teurer, deshalb gibt es in ländlichen Bereichen Niedersachsens zahlreiche „weiße Flecken“, in denen keine Breitbandversorgung vorhanden ist. Häuser und Wohnungen in solchen Gebieten sind aus diesem Grund mittlerweile schlechter zu verkaufen oder zu vermieten und Gewerbeansiedlungen meist nicht mehr möglich. Wir GRÜNE wollen deswegen schnelles Internet als Teil der Daseinsvorsorge definieren, bei der Preis und Leistung an jedem Ort prinzipiell gleich

sein muss. Über gesetzliche Regelungen und eine Umlage der AnbieterInnen wollen wir den Ausbau auch in den ländlichen Gebieten ermöglichen, wo er nicht kostendeckend erfolgen kann. CDU und FDP setzen lediglich auf hohe Zuschüsse für einzelne kommerzielle NetzbetreiberInnen. Das geht zu langsam und kostet Steuergeld.

Um in ländlichen Gebieten mit geringer Netzdichte die Kosten für die Verlegung von neuen Breitbandanschlüssen zu reduzieren, sollen bei ohnehin anstehenden Tiefbau- und Erschließungsarbeiten kostengünstig Leerrohre mitverlegt werden, in die bei Bedarf Glasfaserleitungen eingezogen werden können. Internetversorgung über den Mobilfunkstandard LTEⁿ ist aus technischen Gründen keine Lösung. Der ständig wachsende Bandbreitenbedarf kann dadurch nicht gedeckt werden. Es besteht die Gefahr, dass die LTE-Versorgung als Scheinlösung den

notwendigen Infrastrukturausbau bremst.

Neben dem Ausbau der regulären Netz-Infrastruktur unterstützen wir GRÜNE aber auch zivilgesellschaftliches Engagement – etwa Projekte, die private Internetzugänge per WLAN der Allgemeinheit zugänglich machen und damit einen wichtigen Beitrag zur flächendeckenden Verfügbarkeit des Internets leisten. Bisher stehen der weiteren Ausbreitung freier Netze allerdings rechtliche Schranken im Wege. Hier muss künftig gelten: Nicht die AnschlussinhaberInnen eines WLAN, sondern die tatsächlichen InternetnutzerInnen müssen für mögliche Folgen haften! NetzbetreiberInnen dürfen darüber hinaus keinen Einfluss auf die übertragenen Daten haben und im Sinne der Netzneutralität dürfen bei der Datenübertragung kommerzielle Interessen nicht den Vorrang vor sonstigen Inhalten haben.

FÜR EINE BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Das A und O: Für eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur für Kinder aller Altersgruppen
- ▶ Für eine bessere Unterstützung von Familien mit besonderen Bedarfen
- ▶ Für mehr Väter in Teilzeit und Elternzeit
- ▶ Weniger Präsenz, mehr Verantwortung: Für eine familienfreundliche Arbeitskultur

Alle Familien mit Kindern – Alleinerziehende, Paar- und Patchwork-Familien – stehen vor der Herausforderung, ihre Lebensmodelle unter sich ständig wandelnden Bedingungen und Anforderungen immer wieder neu auszuhandeln und dabei den

unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen von Kindern wie Erwachsenen ebenso wie der Familie als Ganzes gerecht zu werden. Dass sich viele Väter heutzutage mehr in der Familienarbeit engagieren (wollen) und Mütter häufiger am Erwerbsleben teilhaben (wollen) ist für uns GRÜNE eine erfreuliche Entwicklung. Wir wollen keine Rollenmodelle vorschreiben, sondern Rahmenbedingungen schaffen, welche die zum Teil stark eingeschränkten Entscheidungsspielräume erweitern, Geschlechtergerechtigkeit voranbringen und nicht zuletzt den Lebensunterhalt langfristig sichern. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist längst nicht nur eine Frage des Wollens, sondern auch des Müssens.

FÜR EINE VERLÄSSLICHE BETREUUNGSINFRASTRUKTUR

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine verlässliche, wohnortnahe, qualitativ hochwertige und inklusive Ganztags-Kinderbetreuung in allen Altersgruppen, vom Krippen- bis zum Schulkind einführen. Wir wollen eine Betreuung auch während der bisherigen Schließzeiten von Kitas und Ferienzeiten der Schulen sicherstellen und zusammen mit den Kommunen tragfähige und aufeinander abgestimmte Konzepte erarbeiten. Großeltern, die am selben Wohnort wohnen, nicht (mehr) erwerbstätig sowie gesundheitlich fit genug sind, um die Kinderbetreuung im Bedarfsfall zu übernehmen, sind keine Selbstverständlichkeit mehr. Zur besseren Unterstützung bei Betreuungsbedarf in Randzeiten sowie bei Krankheits- und Notfällen fördern wir deshalb Kooperationen zwischen Kitas und Tagespflege-Einrichtungen sowie unbürokratische Lösungen gegenseitiger Unterstützung und ehrenamtliches Engagement, wie z.B. Leih-Omas/Opas, Nachbarschaftsinitiativen und gemeinschaftliche Wohnprojekte. (►S. 11, S. 18)

BESONDERE FAMILIEN, BESONDERE HERAUSFORDERUNGEN

Allein mit Kindern? Kinder mit besonderem Förderbedarf? Unsicherheiten im Umgang mit der deut-

schen Sprache oder mit deutschen Behörden? Es gibt viele verschiedene Gründe, warum Familienleben heutzutage vor besonders großen Herausforderungen steht.

Wir fördern deshalb Programme, die für diese Zielgruppen besondere Unterstützungsleistungen aus einer Hand anbieten. Dabei ist uns bewusst, dass „Alleingelassensein mit Kindern“ ein Umstand ist, der sich nicht (nur) an der Anzahl der Erwachsenen im Haushalt oder am Familienstand ablesen lässt, dass eine „Behinderung“ gesellschaftliche Teilhabe nicht behindert und dass ein „Migrationshintergrund“ nicht zwangsläufig auf Hilfsbedürftigkeit schließen lässt. Wir wollen für die Eltern da sein, die besonderen Beistand benötigen. (►S. 98)

MEHR VÄTER IN TEILZEIT UND ELTERNZEIT

Wir wollen Männer wie Frauen bei der Verwirklichung von familiengerechten Arbeitsmodellen unterstützen. Trotz des gesetzlichen Anspruchs und des vielfachen Wunsches nach reduzierter Arbeitszeit sowie längerer Elternzeit begegnen insbesondere Vätern in der Praxis viele Schwierigkeiten. Wir wollen mittels Kampagnen gezielt für familiengerechte Arbeitsmodelle werben und die Umsetzung väterfreundlicher Maßnahmen von öffentlichen und privaten Arbeitgebern ange-

messen würdigen. (►S. 45)

BERUFLICHER EIN- UND AUFGSTIEG SOWIE FÜHRUNGSPOSITIONEN IN TEILZEIT

Wir wollen für eine Arbeitskultur werben, die den Wert der Arbeit nicht am geleisteten Arbeitszeitumfang bemisst, sondern an der Qualität der Ergebnisse. Teilzeitbeschäftigten Frauen und Männern müssen dieselben beruflichen Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten offen stehen wie Vollzeitbeschäftigten. Wir wollen außerdem erfolgreiche Modelle bekannt machen, wie Führungspositionen auch in Teilzeit verwirklicht werden können. Führungskompe-

tenz bedeutet für uns nicht permanente Präsenz, sondern permanente Verantwortung. (►S. 45)

BERUFLICHER WIEDEREIN- STIEG NACH FAMILIENPHASE ODER ARBEITSLOSIGKEIT

Wir bieten spezielle Programme für den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer selbstbestimmten oder unfreiwilligen Phase der Nicht-Erwerbstätigkeit sowie eine maßgeschneiderte Berufsberatung und Einstiegsbegleitung in den Arbeitsmarkt für Frauen und Männer, die sich wegen Familienarbeit zeitweilig aus dem Erwerbsleben zurückziehen.

MACH'S MÖGLICH

GESUNDHEIT IST KEINE WARE

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Mündige, gut informierte und optimal versorgte Versicherte durch die Einführung einer BürgerInnenversicherung auf Bundesebene.
- ▶ Eine optimale und gerechte medizinische Versorgung und Pflege für alle Menschen in der Nähe ihres Wohnortes – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Einkommen oder Alter!
- ▶ Prävention, Selbsthilfe und Gesundheitsförderung sollen selbstverständliche Bestandteile in allen Lebensbereichen werden.
- ▶ Stärkung und Steigerung der Qualität aller Gesundheitsberufe

Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt des politischen Handelns – gerade in der Gesundheits- und Pflegepolitik. Ein Großteil der Beitragseinnahmen der Sozialversicherung und der öffentlichen Haus-

halte fließt in die Finanzierung von Gesundheit und Pflege. Wir GRÜNE wollen mündige PatientInnen, die mitreden und mitgestalten können. Ein gerechter Zugang zu hochwertiger Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie Prävention für alle Menschen – ungeachtet von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Einkommen oder Alter – haben für uns oberste Priorität. Zur stabilen langfristigen Finanzierung der Gesundheits- und Pflegepolitik wollen wir den Gesundheitsfond abschaffen und den Kassen ihre Beitragsautonomie zurückgeben. Damit wird der Wettbewerb zwischen den Kranken- und Pflegekassen gestärkt und die Menschen profitieren davon.

Um eine optimale regionale Versorgung anbieten zu können, ist die Weiterentwicklung der hausärztlichen Versorgung für uns ein wichtiges Anliegen. Wir GRÜNE wollen die vernetzte und integrierte Zu-

sammenarbeit zwischen stationären und ambulanten AnbieterInnen und das freie Hebammenwesen stärken. In ländlichen, unterversorgten Regionen sind wir für die Einführung von mobilen Praxisteams und Fahrdiensten, die für bedürftige PatientInnen kostenfrei sein sollen. (▶ S. 107)

GRÜNE Gesundheitspolitik baut auf mündige, gut informierte und optimal versorgte PatientInnen. Die Sicherheit der PatientInnen muss erhöht werden. Dafür ist es notwendig, dass sich in Krankenhäusern der Umgang mit Fehlern verändert. Es sollen Methoden angewendet werden, die sich in anderen Risikobereichen bewährt haben und anerkannt sind. Deshalb wollen wir für niedersächsische Krankenhäuser die Einführung des Critical Incident Reporting System (CIRS) fördern. Mit dem System wird die Bereitschaft der Mitarbeiter gefördert, Fehler anonym anzugeben. Die Daten werden analysiert und Fehlerquellen verringert.

Damit in niedersächsischen Krankenhäusern die Versorgung der PatientInnen mit weniger Gefahren verbunden ist, müssen Pflegefachkraft-Quoten auf Grundlage pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse festgelegt werden.

Damit sich die Infektionsquoten (MRSA, Sepsis etc.) in niedersäch-

sischen Krankenhäusern verringern, muss in diesem Bereich der Qualitätswettbewerb verschärft werden. Deshalb wollen wir, dass in den Qualitätsberichten der Krankenhäuser die Infektionsquoten angegeben werden.

GRÜNE BÜRGERINNENVERSICHERUNG

Die Krankenversicherung muss in Zukunft auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels eine gute medizinische Infrastruktur sichern und auf solidarischer Grundlage finanziert werden. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, die gesetzliche und die private Krankenversicherung auf eine gemeinsame Basis zu stellen und eine BürgerInnenversicherung einzuführen. Diese soll alle BürgerInnen einbeziehen – egal ob BeamtInnen oder Angestellte, Selbständige, Erwerbslose oder Abgeordnete, RentnerInnen oder PensionärInnen. Zu den Versicherungsbeiträgen werden dann auch Einkünfte aus Kapitalvermögen und Mieten mit herangezogen. Wir sprechen uns für die Abschaffung von Zuzahlungen – insbesondere der Praxisgebühr – aus, da sie als Lenkungsinstrument versagt haben und unsozial sind.

FÜR EINE GUTE GESUNDHEITSVERSORGUNG VOR ORT

Eine solidarische Gesundheitspolitik

für die Menschen in Niedersachsen muss darüber hinaus die Prävention stärken, eine wohnortnahe medizinische Versorgung erhalten und ein flächendeckendes Pflegeangebot schaffen. Wir fordern eine stärkere Bedarfsorientierung. Wir GRÜNE setzen uns deswegen für eine sektorenübergreifende medizinische Versorgung mit einer besseren Vernetzung zwischen ambulanten und stationären Angeboten, Gesundheits- und Facharzt-Zentren und die Übernahme von heilberuflichen Tätigkeiten durch qualifizierte Pflegekräfte ein. Um den Stellenwert der Allgemein- und Komplementärmedizin zu stärken, muss an jeder medizinischen Hochschule und jeder medizinischen Fakultät in Niedersachsen ein entsprechender Lehrstuhl eingerichtet werden.

FÜR MEHR QUALITÄT IN KRANKENHÄUSERN

Krankenhäuser sollen Versorgungszentren im Rahmen einer integrierten Versorgungslandschaft werden. Die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung muss erhalten bleiben, spezialisierte Versorgung und Hochleistungsmedizin können dagegen konzentriert angeboten werden. Die Privatisierung weiterer Krankenhäuser lehnen wir ab und fordern den Erhalt der öffentlichen Trägerschaft. Zur Stärkung der Interessen und Erhöhung der Sicherheit der PatientInnen setzen wir uns für

eine bessere Qualitätssicherung in Krankenhäusern ein. Bei Behandlungsfehlern darf die Beweislast nicht mehr bei den PatientInnen liegen, sondern muss auf den durchführenden Anbieter übertragen werden. Die steigende Bedrohung durch resistente Keime (MRSA, ESBL) insbesondere in Krankenhäusern sehen wir als eine zentrale gesundheitspolitische Aufgabe. Neben der Bekämpfung der Ursachen – wie dem hohen Antibiotika-Einsatz in der Massentierhaltung (► S. 67) und dem zu freizügigen Einsatz in der Humanmedizin – wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Hygiene in den Krankenhäusern deutlich verbessert wird. Entsprechend des niederländischen Modells wollen wir neben dem Screening von RisikopatientInnen strengere Hygienestandards und eine bessere Personalausstattung zur Pflicht machen.

VERSORGUNG PSYCHISCH KRANKER MENSCHEN

Psychische Erkrankungen nehmen besonders wegen der rasanten Veränderungen im beruflichen Umfeld dramatisch zu. Wir wollen diesen Erkrankungen vorbeugen und deshalb die betriebliche Gesundheitsförderung sowie den Arbeitsschutz stärken, denn Prävention ist besser als Rehabilitation. Eine psychische Krise kann jedeN treffen, genauso wie ein Schnupfen oder eine Grippe. Die Versorgung mit ambulanten

und stationären Angeboten hinkt dem Bedarf besonders im ländlichen Raum immer noch erheblich hinterher. Die psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung sowie die ambulante psychiatrische Pflege müssen deswegen in allen Regionen gemeindenah gesichert werden. Dies soll die Aufgabe der Sozialpsychiatrischen Verbünde sein. Die zunehmende Ökonomisierung des privatisierten psychiatrischen Behandlungsbereichs sehen wir sehr kritisch. Hier muss das Land endlich seine Kontrollfunktion für die Wahrung von PatientInnenrechten wahrnehmen. Mit Hilfe von Fort- und Weiterbildung des Personals in der Pflege und Qualitätsmanagement in den Psychiatrien und Altenheimen müssen Fixierungen und andere Zwangsmaßnahmen an PatientInnen zudem auf ein Minimum reduziert werden. Wir unterstützen Projekte mit medikamentenloser oder medikamentenarmer Versorgung in psychischen Krisen (SoteriaTM).

GUTE MEDIZINISCHE VERSORGUNG FÜR ALLE

Die Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen stellt eine besondere Herausforderung für unsere Regelsysteme dar. Deshalb wollen wir die psychiatrische Versorgung um ein psychosoziales Beratungs- und Traumazentrum für Flüchtlinge und Folteropfer ergänzen. Viele Erkran-

kungen und Arztbesuche ließen sich nachweislich durch bessere Präventions-, Beratungs- und Informationsangebote vermeiden. Oftmals scheitert der Zugang an Sprachbarrieren, fehlendem Wissen oder räumlichen Barrieren. Wir wollen den Zugang zu medizinischer Versorgung und Präventionsangeboten für alle Menschen ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir zielgruppenspezifische Präventionsangebote einrichten, um die Gesundheitschancen zu erhöhen.

Barrierefreiheit muss auf allen Ebenen hergestellt werden: So wie Krankenhauszimmer rollstuhlgerecht sein müssen, muss auch die Kommunikation zwischen PatientInnen und medizinischem Fachpersonal mit Texten in leichter Sprache und bedarfsgerechter Unterstützung sichergestellt sein. Die geriatrische Versorgung und Kompetenzen im Bereich der ambulanten und stationären Rehabilitation sowie der stationären Akutversorgung müssen ausgebaut werden.

Wir GRÜNE wollen eine interkulturelle Gesundheitsberatung einrichten. Wir fordern den gleichberechtigten Zugang von MigrantInnen zu medizinischer Versorgung und wollen kultursensible Pflege und interkulturelle Kompetenz bei allen Gesundheitseinrichtungen ausweiten. Eine Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von

Frauen und Männern muss zur Voraussetzung für öffentlich geförderte gesundheitswissenschaftliche Forschungsvorhaben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe verstärkt Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede bei Gesundheit und Krankheit einfließen. Neue Medikamente müssen auf die spezifische Wirkung bei Männern und Frauen ermittelt werden, ansonsten muss die Zulassung verweigert werden können. Die medizinische Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung muss professionell und legal durchgeführt werden. Menschen ohne Papiere muss meldeunabhängig der Zugang zur öffentlichen Gesundheitsfürsorge ermöglicht werden.

PRÄVENTION UND SELBSTHILFE STÄRKEN

Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere Verankerung von Prävention und Gesundheitsförderung in Schulen, Kitas, Betrieben, Behörden sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ein. Hier bieten die bereits tätigen Präventionsfachkräfte die notwendige Expertise. Ziel ist es, zu verbindlichen und langfristig angelegten Kooperationsvereinbarungen zu kommen. Wir fordern die Ausweitung der unabhängigen Patientenberatungsstellen in Niedersachsen, die Menschen in allen

Belangen von Gesundheit, Pflege, Rehabilitation und Selbsthilfe beraten, um auch in diesem Bereich Verbraucherschutz durchzusetzen.

Niedersachsen kann und darf nicht länger auf die bundesweite Stiftung für Prävention warten. Die Mittel für Prävention und Selbsthilfe sind längst zum Spielball von Einzelinteressen oder der Marketing-Abteilungen der Krankenkassen geworden. Wir GRÜNE wollen deshalb eine Landesstiftung für Prävention einrichten.

MIT SUCHTMITTEL-KONSUMENTINNEN VERANTWORTUNGSVOLL UMGEHEN

Dem hohen Anteil von Menschen mit Suchtproblemen steht bislang noch kein ausreichendes Versorgungs- und Hilfenetzwerk gegenüber. Wir wollen deshalb das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land erhalten und ausbauen, damit individuell auf die Menschen mit Suchtproblemen eingegangen werden kann. Besondere Unterstützung soll die Arbeit mit stoffungebundenen Suchtformen (zum Beispiel Spielsucht) erfahren.

Wir setzen auf Präventionsarbeit, die mündigen und risikoarmen Konsum unterstützt und somit gesundheitliche Schäden und Abhängigkeit vermeiden hilft. Kinder stark zu machen ist die beste Drogenpräventi-

on. Kinder- und Jugendschutz bleibt für uns GRÜNE daher die wichtigste Herausforderung. Diese gesellschaftliche Aufgabe kann die Familie oft nicht allein bewältigen. Sie sollte deshalb verstärkt von Schulen, Kitas, Suchtberatungsstellen sowie Familien- und Gesundheitszentren unterstützt werden. Die begleitenden Hilfen für Jugendliche, die zum Beispiel mit schweren Alkoholvergiftungen stationär aufgenommen werden, müssen ausgebaut werden. Hilfs- und Präventionsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene, die sogenannte Partydrogen (etwa Alkohol, Cannabis, Amphetamine) in riskanter Weise konsumieren, sollen ein besonderes Augenmerk bekommen und entsprechend gefördert werden. Des Weiteren setzen wir uns für Modellversuche von Drug-Checking-Angeboten ein, die KonsumentInnen die Möglichkeit geben, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem Konsum zu erkennen und zu meiden.

In den letzten Jahren hat es bedeutende Fortschritte im Nichtraucherschutz gegeben. Für uns hat aktiver Nichtraucherschutz weiterhin Priorität. Dazu gehört aus Gründen des konsequenten Gesundheitsschutzes besonders der notwendige Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie der Schutz von MitarbeiterInnen in Restaurants und Gaststätten. Alkoholabhängigkeit ist in unserer Gesellschaft leider

immer noch häufig ein Tabu. Wir brauchen weitere Maßnahmen, die einen bewussteren Umgang mit Alkohol fördern. Werbung für Nikotin und Alkohol lehnen wir ab.

Aber nicht nur Alkohol- und Zigarettenkonsum fordern jeden Tag Opfer, verursachen Krankheit, Schmerz und vielfältige soziale Probleme bei den Suchterkrankten und ihren Familien. Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Bei Konsumdelikten bedeuten die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen bei der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung junger Menschen eine zusätzliche Hürde. Den Konsum von Cannabis und anderen nicht legalen psychotropen Substanzen wollen wir deshalb entkriminalisieren und die geringen straffreien Mengen anheben. Außerdem unterstützen wir die Einführung eines Pilotprojektes zur geregelten Abgabe von Cannabis in Apotheken.

Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf gesundheitliche Prävention. Wir wollen ihnen deshalb durch die jetzt legale Verabreichung von Heroin die notwendige Hilfe zuteilwerden lassen. Dafür ist es notwendig, Diamorphin (Heroin) ebenso wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen Behandlung und damit auch als Medikamen-

te anzuerkennen und ihren Einsatz weiter auszubauen. In diesem Kontext setzen wir GRÜNE uns dafür ein, die Forschung zur medizinischen Verwendung derzeit nicht legaler psychotroper Substanzen zuzulassen und zu fördern. Durch die legale Abgabe lässt sich die Beschaffungskriminalität wirksam eindämmen und der organisierten Kriminalität ein wichtiger Nährboden entziehen. Sterile Hilfsmittel, Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug, der leider nirgends auf der Welt frei von Drogen gehalten werden kann. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr Drogenkonsumräume ein, weil diese seit ihrer Einführung zu einer deutlichen Reduzierung von Überdosis-Toten geführt haben. Die Rahmenbedingungen für solche Räume wollen wir verbessern. Großes Suchtpotenzial für die PatientInnen birgt auch der Medikamentenmissbrauch in Alten- und Pflegeeinrichtungen. Hier bedarf es einer gezielten Überwachung der Verordnungen.

AIDS-HILFE UND PRÄVENTION

In der ganzen Welt breiten sich Aids-Erkrankungen dramatisch aus. Die Bekämpfung stellt auch die Landespolitik vor Herausforderungen. In Niedersachsen infizieren sich jährlich mehr als 100 Menschen mit dem HI-Virus. Die HIV-Prävention

darf deshalb nicht nachlassen und Aids-Hilfe-Einrichtungen müssen erhalten und gestärkt werden. Das landesweite Netz von kultursensiblen, muttersprachlichen Aids-MediatorInnen muss an Schulen und Hochschulen ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die in einer wirtschaftlich schlechten Situation leben, einen kostenlosen Zugang zu den verschiedenen Verhütungsmitteln erhalten.

WÜRDIGE PFLEGE SICHERN UND PFLEGENDE STÄRKEN

Die Sicherung einer menschenwürdigen und bedarfsgerechten Pflege ist angesichts einer älter werdenden Gesellschaft eine große Herausforderung. Die meisten Pflegebedürftigen wollen in ihrem vertrauten sozialen Umfeld bleiben. Fast drei Viertel werden durch Angehörige versorgt und gepflegt, die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Deshalb brauchen wir Netzwerke und therapeutische Maßnahmen, die es pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, ein Höchstmaß an Selbstständigkeit zu behalten. Therapie und Rehabilitation haben für uns Vorrang vor der Pflege.

Angebote durch hochwertige ambulante und teilstationäre Pflegeeinrichtungen in Wohnortnähe wollen wir GRÜNE stärken und ausbauen. Eine kultursensible Pflege

soll den besonderen Bedürfnissen von MigrantInnen gerecht werden. Wegen immer früherer Entlassungen aus dem Krankenhaus brauchen wir zudem ein Schnittstellen-Management beim Übergang vom Krankenhaus in die häusliche Umgebung. Wir setzen uns für die Erstellung von Richtlinien für die Pflegeüberleitung aus Krankenhäusern in die ambulante oder stationäre Pflege ein. In Krankenhausberichten müssen auch der pflegerische Hilfebedarf, die pflegerrelevanten Diagnosen und Funktionseinschränkungen aufgeführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Diagnose der Demenz nur durch einen Facharzt oder einen Hausarzt mit einer entsprechenden Weiterbildung gestellt werden darf und konkret mit ihren Auswirkungen beschrieben wird.

Das GutachterInnenverfahren muss neu strukturiert werden, damit neben den körperlichen Defiziten auch die psychischen und sozialen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Entgegen der bisherigen festgeschriebenen Pflegeleistungen wollen wir ein persönliches Pflegebudget einführen, damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen selbst über Leistungen entscheiden können. Wir GRÜNE setzen uns für ein neues System der Pflegeversorgung ein, indem wir neben konventionellen Pflegeheimen alternative Wohnformen für Pflegebedürftige und eine gut organisierte und fi-

nanzierte ambulante pflegerische Versorgung anbieten wollen. Wir fordern bei Vorliegen eines Pflegebedarfs eine standardisierte und transparente Maßnahmeplanung in Zusammenarbeit der Hilfebedürftigen mit ÄrztInnen, TherapeutInnen und den Pflegepersonen. Die pflegerischen Maßnahmen müssen regelmäßig überprüft werden. Um diese Anforderungen gewährleisten zu können, setzen wir uns für ein angemessenes Pflegegeld und eine bessere Betreuung und Ausbildung der pflegenden Angehörigen ein. Die Pflegestützpunkte müssen erheblich ausgebaut werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die Förderung von Gemeinde- oder Quartierspflegekräften, die über bestehende Hilfebedarfe und die geleisteten Hilfen informiert sind und pflegende Angehörige unterstützen können.

Zur Wahrung der Wahlfreiheit und Selbstbestimmung der Betroffenen wollen wir das Heimgesetz so ändern, dass alternative Wohn- und Pflegekonzepte erleichtert werden und so ein würdiges Leben im Alter abgesichert wird. In allen Einrichtungen soll das Einzelzimmer als individueller Rückzugsraum und zur Wahrung der Intimsphäre Standard werden.

FÜR MÜNDIGE PATIENT*INNEN – PFLEGEBERATUNGSSTELLEN AUSBAUEN

Wir GRÜNE wollen mittelfristig in allen Regionen des Landes unabhängige PatientInnen- und Pflegeberatungsstellen einrichten, die mit der Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen und der VerbraucherInnenberatung vernetzt werden. Die verschiedenen Unterstützungs- und Beratungsangebote müssen ausgebaut und besser vernetzt werden. Wir wollen die psychiatrische und geriatrische Fachpflege stärken und weiterentwickeln, setzen uns für die gesetzliche Festlegung einer interdisziplinären Fachkraftquote ein und schlagen Modellversuche wie präventive geriatrische Hausbesuche vor.

PFLEGE NOTSTAND BEENDEN – PFLEGE BERUFE ATTRAKTIV GESTALTEN

Der Pflege- und Gesundheitssektor ist eine Zukunftsbranche. Der Bedarf an professioneller Pflege wird sich durch die demografische Entwicklung erhöhen. Allerdings fehlt es vielerorts bereits heute an Fachkräften. Die Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen in den Gesundheitsberufen wollen wir deshalb verbessern. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass die Pflegeberufe gestärkt und die Interessen der Beschäftigten besser vertreten wer-

den. Daher setzen wir uns für die Einrichtung einer Pflegekammer ein, die eine Berufsordnung verbindlich festlegt, die Aus-, Fort- und Weiterbildung bedarfsgerecht regelt und an Gesetzgebungsverfahren beteiligt ist. Eine Pflegekammer schützt die Bevölkerung vor unsachgemäßer Pflege, liefert durch die Registrierung der Pflegenden verlässliche Daten über die Versorgung mit Fachpersonal und wirkt dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegen. Die Ausbildungsumlage in der Altenpflegeausbildung muss wieder eingeführt werden, Ausbildungen in Teilzeit sollen zu einem Regelangebot werden. Wir wollen die weitere Qualifizierung ausländischer Pflegekräfte durch Sprachkurse, die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse und die Förderung von Bildungsstätten stärken. Verantwortungsvolle Berufe verdienen bessere Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag für alle Träger, einen besseren Personalschlüssel, die Schulgeldfreiheit für Altenpflege-SchülerInnen und die Erweiterung des Ausbildungs- und Studienangebots ein.

Die Weiterbildung ehrenamtlich engagierter Menschen zu Alltagsbegleitern kranker und pflegebedürftiger Menschen wollen wir fördern und ausbauen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass junge Menschen das Freiwillige Soziale Jahr auch im

Pflegebereich mit der Möglichkeit der Anerkennung dieser Zeit bei einer späteren Berufsausbildung absolvieren können. Wir wollen den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Pflegebereich erhöhen.

WÜRDE BIS ZUM LEBENSENDE

Viele Sterbende haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit vertrauten Menschen im gewohn-

ten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht anders aus: Die meisten Menschen sterben in Institutionen wie Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung sowie von wohnortnahen Hospizeinrichtungen und Hospizdiensten für Erwachsene und Kinder.

MACH'S MÖGLICH

LEBEN IN EINER INKLUSIVEN GESELLSCHAFT – GLEICHBERECHTIGT, SELBSTBESTIMMT, MITEINANDER

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu einer inklusiven Gesellschaft ohne Ausgrenzung – zusammen mit den Betroffenen.
- Inklusion statt Leitkultur, um Niedersachsen zu einem attraktiven Einwanderungsland zu machen.
- Entschiedene Bekämpfung jeder Form von Ausgrenzung, Homosexuellen- und Transsexuellenfeindlichkeit und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Wir GRÜNE streiten für ein Gesellschaftsideal, in dem alle Menschen – im Rahmen unserer Rechtsordnung mit den Menschenrechten als Kern – gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben

und an allen Aktivitäten selbstverständlich teilhaben können. Inklusion¹ erkennt die Individualität und Vielfalt der Menschen mit all ihren Stärken und Schwächen an. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierungen ist. Dieses Ziel ist für uns eine Querschnittsaufgabe und liegt allen unseren politischen Forderungen und Konzepten zugrunde. Egal ob im Bereich Bauen und Wohnen, beim Thema Energie, Bildung oder Demokratie – überall wollen wir Konzepte und Forderungen umsetzen, die alle Menschen einschließen.

UN-BEHINDERTENRECHTS- KONVENTION UMSETZEN

Wir GRÜNE streiten für Rahmenbedingungen, die es allen Menschen ermöglichen, so selbstbestimmt wie

möglich zu leben und möglichst eigenständig am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Hilfemaßnahmen für Menschen mit Behinderungen müssen am individuellen Bedarf ausgerichtet werden. Wir setzen auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“ und wollen Projekte fördern, die Menschen mit Behinderungen trotz einer Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit größtmögliche Freiheit und Eigenständigkeit gewähren. (► S. 114) Die UN-Behindertenrechtskonvention ist auch für Niedersachsen verbindlich. Wir wollen gemeinsam mit den Betroffenen die Ziele der Konvention möglichst schnell umsetzen. Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen sollen bald der Vergangenheit angehören. Wir werden das unterstützte selbstständige Wohnen in der eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft fördern. Dafür wollen wir Wohnbaumittel einsetzen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass „barrierefreies Bauen“ in allen bauspezifischen Studiengängen verbindlicher Teil des Curriculums wird.

Für uns beginnt Inklusion damit, dass Kinder mit Behinderungen selbstverständlich von Anfang an in Krippe, Kita und Schule dabei sind. Später muss die Wahl eines passenden Arbeitsplatzes möglich sein. Hierfür werden wir Integrations-

firmen fördern und das Budget für Arbeit ausbauen. (► S. 29)

Das Land muss auch selbst mehr Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Öffentliche Beratungsangebote sind barrierefrei zu entwickeln. Das gilt auch für öffentliche Internetangebote und öffentlich-rechtliche Fernsehsender und Rundfunkanstalten. Wir GRÜNE wollen darüber hinaus, dass das Land verbindliche Regelungen mit den Kommunen und öffentlichen Trägern vereinbart, in denen klare Zeitangaben für die flächendeckende Einführung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden enthalten sind. Hierbei muss das Land die Kommunen entlasten und ihnen Hilfestellungen geben.

GEMEINSAM IN VIELFALT – EIN- WANDERUNGSGESELLSCHAFT GESTALTEN

Wir GRÜNE wollen den in der Gesellschaft teilweise mit falschen politischen Voraussetzungen und Annahmen verbundenen Begriff „Integration“ durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch der Inklusion ersetzen. Vor diesem Hintergrund bedeutet Inklusion für uns GRÜNE, dass die Gesellschaft alle Menschen als gleichberechtigt annimmt und kulturelle Unterschiede achtet. Phantomdebatten über IntegrationsverweigerInnen haben das Kli-

ma in unserer Gesellschaft vergiftet. Rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit müssen Grundlagen einer inklusiven Gesellschaft sein. Um diese Voraussetzungen zu schaffen, fordern wir eine gesetzliche Grundlage für Niedersachsen, mit der die gesellschaftliche Teilhabe von Eingewanderten und ihren Kindern in allen Lebenslagen gefördert wird. Einen Begriff wie „Leitkultur“ lehnen wir ab.

Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen müssen sich interkulturell öffnen. Wir brauchen ein breitgefächertes, mehrsprachiges Angebot mit Informationen zu Teilhabe. Alle Menschen haben das Recht auf eine gleichberechtigte Beratung im öffentlichen Bereich. Wir GRÜNE wollen verstärkt Möglichkeiten und Anreize zur gesellschaftlichen Teilhabe schaffen. Wir wollen zudem das Amt der Inklusionsbeauftragten einführen, die in allen politischen Entscheidungen auf die Einhaltung des inklusiven Anspruchs achten. Wir GRÜNE wollen eine finanzielle Unterstützung der MigrantInnen-Selbstorganisationen und der zahlreichen IntegrationslotsInnen[¶]. Sie leisten eine wichtige Arbeit in Niedersachsen. Ihr Engagement muss aufgewertet werden.

Auch Kindergärten, Beratungsstellen, Pflege-, Gesundheits- und Behinderteneinrichtungen müssen sich noch stärker interkulturell öffnen.

(▶ S.14, S.117) Auch Bestattungen und seelsorgerische Begleitung müssen differenziert nach verschiedenen religiösen und kulturellen Hintergründen und Wünschen möglich sein. Deshalb setzen wir uns für die Legalisierung von Feuerbestattungen außerhalb von Friedhöfen ein, sofern der Gesundheits- und Naturschutz gewährleistet wird. Wir wollen darüber hinaus auch, dass bei einer Feuerbestattung die Aushändigung der sterblichen Überreste an die Angehörigen zulässig ist, sofern sie dem ausdrücklichen Wunsch der oder des Verstorbenen entspricht.

FÜR AKTIVEN ANTIFASCHISMUS UND ANTIRASSISMUS

Wir GRÜNE setzen uns für Antifaschismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen und ein Verbot der neonazistischen NPD und verwandter Organisationen ein. Die Repression gegen antifaschistisches Engagement muss aufhören. Wir wehren uns entschieden gegen jede Form von Rassismus, Lesben-, Schwulen- und Transsexuellenfeindlichkeit, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus[¶] und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren Patriotismus und Nationalismus als Ausgrenzungs- und Herrschaftsmechanismen. Wir wollen diese durch Bildung und Aufklärung aufbrechen. Der Paragraph 90a des Strafgesetzbuchs, der die Ver-

unglimpfung des Staates und seiner Symbole unter Strafe stellt, gehört ersatzlos gestrichen.(▶ S. 140)

QUEERE GESELLSCHAFT[¶]

Lesben, Schwule, Transgender[¶] und Intersexuelle[¶] werden immer noch diskriminiert, häufig wird ihnen sogar mit Feindschaft begegnet. Unseren Bildungseinrichtungen kommt eine zentrale Bedeutung zu, dieser Diskriminierung durch entsprechende Unterrichtsinhalte entgegenzuwirken. Bei der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen müssen entsprechende Bezüge thematisiert werden. Alle Schulen sollen AnsprechpartnerInnen für das Thema Homosexualität benennen, die gleichgeschlechtlich orientierten SchülerInnen Orientierung und Unterstützung zum Beispiel beim Coming-out anbieten.

Die Situation der Schwulen und Lesben, die gerade im ländlichen Raum kaum Orte für eine Beratung oder den sozialen Austausch haben, wollen wir verbessern. Einerseits werden wir für eine entsprechende Öffnung aller mit Beratung befassten Träger für Schwule und Lesben sorgen. Andererseits werden wir die Kommunen dabei unterstüt-

zen, eigenverantwortlich auf ihre schwulen und lesbischen BürgerInnen zuzugehen. Dabei wollen wir kultursensibel vorgehen und auch Anknüpfungspunkte für Personen mit Migrationshintergrund schaffen. Für uns ist die Aufnahme der „sexuellen Identität“ in den Artikel 3 der Landesverfassung nicht nur Symbolpolitik, sondern ein wichtiges Bekenntnis der Politik, der sexuellen Diskriminierung aktiv entgegenzutreten. Natürlich ersetzt diese Feststellung nicht das zivilgesellschaftliche und politische Engagement gegen Diskriminierung. Sie unterstreicht jedoch den Handlungsbedarf und gibt dieser Aufgabe Verfassungsrang.

Die bereits vor mehr als zehn Jahren auf den Weg gebrachte eingetragene Lebenspartnerschaft ist gegenüber der Ehe und den damit verbundenen Regelungen immer noch stark benachteiligt. Deswegen werden wir uns für die vollständige Gleichstellung mit der Ehe einschließlich des Adoptionsrechts einsetzen. Dies schließt in Niedersachsen insbesondere auch die von Schwarz-Gelb versäumte rückwirkende Gleichstellung von verpartnerten mit verheirateten LandesbeamtInnen im Beamtenrecht ein.

GENDER- /FRAUENPOLITIK

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ▶ Mehr Frauen in die Politik, in Führungspositionen und Aufsichtsräte
- ▶ Konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting bei allen politischen und gesellschaftlichen Prozessen
- ▶ Gewalt gegen Frauen offensiv begegnen – Zugang zu Hilfseinrichtungen wie Frauenhäusern und Beratungsstellen unabhängig von der Haushaltslage sichern

Wir GRÜNE setzen uns für eine kritische Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Rollenkon-

struktionen ein, die auf „typisch männlichen“ und „typisch weiblichen“ Rollenerwartungen beruhen. Im Sinne einer geschlechtergerechten Gesellschaft wehren wir uns dagegen, dass Menschen durch Druck und Diskriminierung in diese Rollenbilder gedrängt werden.

GLEICHE RECHTE, GLEICHE CHANCEN – KONSEQUENTE FRAUENPOLITIK

Die Frauenbewegung hat männerdominierte Machtverhältnisse aufgedeckt und erste frauenpolitische Forderungen auf den Weg gebracht. Für eine geschlechtergerechte Gesellschaft wollen wir diese Herrschaftsmechanismen aufbrechen, frauenpolitische Maßnahmen

weiterentwickeln und neu beleben. Weiblichkeit wird in unserer Gesellschaft nach wie vor abgewertet und Frauen in vielen Bereichen diskriminiert. Wir schließen unsere Augen nicht vor Machtstrukturen wie der „gläsernen Decke“, an die viele Frauen stoßen, wenn sie in Machtpositionen kommen wollen. Wir GRÜNE stehen für eine emanzipatorische Frauenpolitik, die Herrschaftsstrukturen hinterfragt, Frauen in den Bereichen unterstützt, in denen sie benachteiligt sind, und überall die Geschlechterperspektive mitbeachtet.

GENDER-MAINSTREAMING KONSEQUENT ANGEWENDEN

In allen politischen Gesetzesvorhaben und Maßnahmen, auch bei der Verabschiedung des Haushalts (Gender-Budgeting), egal ob im Bereich der Innen-, Justiz-, Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- oder auch der Umweltpolitik, müssen die Auswirkungen auf Frauen und Männer untersucht werden. Ziel muss es sein, Benachteiligungen rechtzeitig festzustellen und sie auszugleichen. Nur so kann die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter hergestellt werden. Selbstverständlich gehört für uns dazu auch die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik. Für uns GRÜNE war es schon immer selbstverständlich, dass mindestens die Hälfte der Abgeordne-

ten weiblich ist. Wir werden dazu in der kommenden Legislaturperiode des Landtages einen interfraktionellen Vorstoß initiieren, um eine paritätische Besetzung aller Listen für kommunale Vertretungen und den Landtag zu erreichen. Eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen sollte auch für die Landesregierung gelten. Wir werden die Quote der weiblichen Führungskräfte im öffentlichen Dienst erhöhen und in landeseigenen Unternehmen die Aufsichts- und Verwaltungsräte schrittweise paritätisch besetzen. Durch eine Änderung der Kommunalverfassung stellen wir die paritätische Besetzung in den Gremien kommunaler Gesellschaften sicher. Im Bundesrat werden wir uns für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und für eine schrittweise Einführung einer Frauenquote von 50 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände von börsennotierten Unternehmen einsetzen. Frauen sind heute so gut qualifiziert wie nie. In die Vorstandsetagen dringen sie aber viel zu langsam vor. Dabei stehen mehr Frauen im Top-Management für mehr wirtschaftlichen Erfolg. (►S. 12, S. 45, S. 111)

AKTIV FÜR GLEICHBERECHTIGUNG

Um wirkliche Gleichstellung zu erreichen, bedarf es der Aufwertung und Anerkennung von Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Das

Engagement für Kinder und pflegebedürftige Angehörige muss anerkannt werden und vor allem auch im beruflichen Umfeld Akzeptanz finden. Männer und Frauen müssen sich sowohl der Familie als auch ihren beruflichen Chancen widmen können. Dafür braucht es familien-gerechte Arbeitszeitmodelle. (▶ S. 45)

Innerhalb des Arbeitsmarktes gibt es nach wie vor tradierte Männer- und Frauendomänen. Ausbildungswünsche von Mädchen liegen zu 85 Prozent im Bereich der Dienstleistungen, während Jungen eher den Fertigungsbereich anstreben. Wir fordern mehr Chancengerechtigkeit durch geschlechtersensible Erziehung, Bildung und Ausbildung mit dem Ziel, den Männeranteil in den Bildungseinrichtungen und in sozialen Berufen und den Frauenanteil in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu erhöhen, um so das geschlechtertypische Berufswahlverhalten junger Menschen zu verändern. (▶ S. 13)

GEWALT GEGEN FRAUEN ENT- GEGENTRETEN

Die Weltgesundheitsorganisation WHO bezeichnet Gewalt gegen Mädchen und Frauen als eines der größten Gesundheitsrisiken weltweit. Sie stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. So fordert die

UN-Konvention zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau (CEDAW) alle beteiligten Staaten auf, wirksame Maßnahmen gegen diese spezifische Form der Diskriminierung zu ergreifen. Die Formen dieser Gewalt sind vielfältig: Gewalt kann psychisch, physisch und sexualisiert sein und häufig greifen diese Formen ineinander. Gewalt findet in allen sozialen Schichten statt und betrifft verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Deswegen hat der Schutz vor Gewalt an Mädchen und Frauen in allen hierfür gesellschaftlich relevanten Institutionen und Bereichen – wie beispielsweise in der Jugendhilfe, in der Schule und im Sport – Bedeutung. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass Frauenhäuser und Beratungsstellen für betroffene Mädchen und Frauen besser ausgestattet werden, um den Opferschutz zu stärken und die (Fach-)Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Auch die Themen sexuelle Gewalt in Institutionen, sexuelle Übergriffe unter Kindern und Jugendlichen, K.-o.-Tropfen, Loveboys, Stalking, Genital-Verstümmelung oder Zwangsheirat müssen aufgegriffen und entsprechende Interventions- und Präventionsmaßnahmen entwickelt werden. Dabei sind wir uns bewusst, dass häusliche Gewalt, Stalking, Mobbing oder Zwangsheirat auch Männer betreffen. Die Fachöffentlichkeit benötigt Schulung zur Aufklärung, Förderung der Handlungskompetenz

und der Entwicklung von Leitlinien zur Intervention. Präventionsmaßnahmen für Mädchen und Jungen müssen entwickelt und im Vorschulbereich, in der Schule und in der außerschulischen Jugendarbeit etabliert werden. Eine unabhängige Landesfachstelle gegen Gewalt an Mädchen und Frauen greift die bisher gewachsene Hilfestruktur auf und liefert Impulse zur Weiterentwicklung. Sie zeigt Defizite und Lücken auf mit dem Ziel, eine möglichst gute und flächendeckende Versorgung von Betroffenen zu erreichen und bekannt zu machen. Die Landesfachstelle arbeitet fachpolitisch – sie berät die Politik und dient als Informations- und Kontaktstelle für alle thematisch rele-

vanten Verbände auf Landesebene. Als Servicestelle bietet sie außerdem Betroffenen, Unterstützungspersonen und Fachkräften Informationen zum Thema und zu Hilfsangeboten an. Die Fachstelle fördert ferner die Vernetzung und Zusammenarbeit der Einrichtungen des Hilfesystems in Niedersachsen. Ziel ist dabei, eine landesweite Strategie gegen Gewalt an Mädchen und Frauen zu erarbeiten.

Insbesondere Opfer von Menschenhandel, deren Aufenthaltsstatus ungesichert ist, müssen eine juristische und psychosoziale Beratung sowie gesundheitliche und soziale Versorgung erhalten. Abschiebungen der Betroffenen lehnen wir ab.

MACH'S MÖGLICH